

Sattler- u. Tapezierer-Zeitung

Nr. 1.

Berlin, den 13. Januar 1900.

14. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6777)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sassenbach, Berlin, Invalidenstr. 118.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

An der Jahrhundertwende. — Zur Arbeitslosen-Unterstützung. — Streits und
Sohnbewegungen. — Vermischtes. — Briefkasten. — Fragelasten. — Bezirksbeh.
Anzeigen.

An der Jahrhundertwende.

J. S. Obgleich es an sich ziemlich gleichgültig ist, welche Jahreszahl man schreibt, pflegt man doch dem Jahreswechsel und vor allem dem Jahrhundertwechsel eine besondere Bedeutung beizulegen. Es ist die Hoffnung auf Besserwerden, die den Menschen dazu treibt; mancher, dem es im alten Jahre und im alten Jahrhundert schlecht ging, giebt sich der unbestimmten Erwartung hin, daß der Wechsel der Jahresziffern ihm auch einen Wechsel in seinem trostlosen Dasein bringen wird.

Diese Hoffnung mag die meisten täuschen, nur wenigen mag es vergönnt sein, die Erwartungen erfüllt zu sehen, die sie an die durch das neue Jahr repräsentirte Zukunft stellen; trotzdem ist es gut, daß die Menschen noch hoffen können. Aber es darf kein Hoffen und Harren, kein stumpfes Warten auf einen glücklichen Zufall oder eine Borsehung sein, sondern es muß ein Hoffen und Streben sein, der Versuch, durch energische Mitarbeit und durch Kampf das zu erreichen, was man erhofft.

Würden die Menschen des vergangenen Jahrhunderts sich nur auf Hoffen und Harren verlegt haben, die Menschheit wäre heute nicht so weit, als sie schon ist; nein, man hat gehofft und gestrebt. Weil man hoffte und glaubte an das, was man erstrebt, fühlte man sich kräftig genug, zu erstreben, was man hoffte.

Im vergangenen Jahrhundert ist vieles gethan worden, um die Menschheit vorwärts zu bringen, der Grund zu einem alle Menschen glücklich machenden sozialen Gebäude ist geschaffen worden; aber bis jetzt ist nur der Grund vorhanden, das Gebäude ist noch nicht aufgeführt. Dieses Gebäude aufzuführen ist die Pflicht der Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts und an dieser Aufgabe muß ein Jeder mitarbeiten.

Wir wirken an dieser Aufgabe mit, indem wir versuchen Bildung und Wissen zu verbreiten, indem wir darauf hinwirken, daß solche Zustände geschaffen werden, bei denen der Mensch wirklich Mensch sein kann. Indem wir für kürzere Arbeitszeit und nur bei höheren Löhnen mögliche bessere Lebenshaltung eintreten, versuchen wir aus dem Arbeitsthier, das stumpfsinnig im Joche ging, einen selbstbewußten Menschen zu machen.

Und wir glauben an unsere Aufgabe; wir haben die feste Hoffnung, daß es uns gelingen wird, zu erreichen, was wir erstreben, und weil wir dieses glauben und hoffen, fühlen wir auch die Kraft in uns, zu erstreben und zu erzwingen, was wir erhoffen.

Zur Arbeitslosen-Unterstützung.

Die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung ist nunmehr beendet; weitere Einsendungen können, da am 15. d. M. mit der Abstimmung begonnen wird, nicht mehr aufgenommen werden. Sollte sich eine Majorität für die Arbeitslosen-Unterstützung finden, so wird Mitte Februar ein im

einzelnen ausgearbeiteter Entwurf veröffentlicht werden, der dann zur Diskussion steht.

Die Redaktion verzichtet auf den geplanten Schlußartikel, da darin von allzuart empfindenden Kollegen eine Beeinflussung erblickt werden könnte. Die feste Ueberzeugung, daß die Arbeitslosen-Unterstützung in unserer Organisation durchführbar ist und daß sie zum Segen der Organisation und der Mitglieder dienen wird, ist durch die stattgefundenen Diskussion nicht erschüttert worden.

Strigau, den 14. Dezember 1899. In unserer Organisation zeigt sich seit Jahren eine Erscheinung, deren Ursachen zu ermitteln, Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein müßte. Es betrifft die hohe Zahl der ausscheidenden Kollegen innerhalb unseres Verbandes. Geht man der Sache auf den Grund, so wird man finden, daß der größte Theil der ausscheidenden Kollegen erst kurze Zeit der Organisation angehört und von dem A. B. C. der Arbeiterbewegung keine blasse Ahnung hat. Sie zahlen ihr Eintrittsgeld und schließlich auch noch einige Wochen ihren Beitrag. Zumelst aber von Anfang an resignierend. Immer schwächer laufen die Beiträge ein, bis auf einmal eine unheimliche Stille herrscht. Fragt man nach dem Grunde, so ist einer, den man zumelst zu hören bekommt: Es nützt ja doch nichts, was hab ich denn davon. Daran ist wenig zu ändern, diese Sorte wird auch dann nicht ganz verschwinden, wenn die Arbeitslosenunterstützung zur Annahme kommen wird. Außerdem finden wir es bei Kollegen, die zu längerer Arbeitslosigkeit auf der Landstraße verurtheilt sind. In diesem Falle wäre es notwendig, Abhilfe zu schaffen und zwar, daß § 50 unseres Verbandstatuts dahin ergänzt, daß Kollegen, die sich auf Wanderschaft befinden, von dem Tage an, wo dieselben nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, auch von der Beitragsleistung befreit werden, während d. r. weiteren Dauer der Arbeitslosigkeit.

Weiter findet man, daß so manche mit großem Pomp eingeleitete Neugründung einer Zählstelle schon bei ihrer Geburt den Todesstern in sich trägt. Ich führe nur Negativ an. Aber auch die manchmal enormen Rückstände schon länger dem Verbandsangehöriger Kollegen und die persönlichen Herwürfnisse jeglicher Art gehören in diese Kategorie der Aberrationen.

Im Ganzen kann man sich jedoch darüber einig sein, würde der Verband den Mitgliedern mehr materielle Vorteile bieten, so würde der größte Theil von diesen uns erhalten bleiben. Der Höhe des Beitrages wegen scheidet nur selten einer aus, er geht dann erst nicht hinein. Die Gelegenheit ist uns nun geboten, darüber zu entscheiden, ob es weiter so bleiben oder ob diesem Zustand ein Ende gemacht werden soll.

Darum will ich nicht veräumen, nochmals zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung Einiges anzuführen. Es kann als erwiesen angesehen werden, daß die Verbände, in denen die Arbeitslosenunterstützung schon besteht, an Mitgliederzahl rapid gestiegen sind und die Ausscheidenden procentual in Abnahme sind.

Vollständig klar müßte es einem jeden Kollegen sein, daß die Arbeitslosen-Unterstützung ein wesentlicher Faktor zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und ein Bindeglied zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist.

Wie ist es möglich, ohne die unserem Verbands noch fernstehenden Kollegen kürzere Arbeitszeit, Lohnerhöhung und die Einführung eines geregelten Arbeitsnachweises zu erringen.

Es geschieht dies ja heute hin und wieder an Orten, wo ein hoher Prozentsatz der Kollegen organisiert ist. Aber wir sehen auch, daß zumelst diese Errungenschaften bald wieder verloren gehen, in Folge des Angebots indifferenter Kollegen und den damit verbundenen Entlassungen derjenigen, durch deren Einwirkung die Verbesserungen zu Stande kamen. Und hat man dem Baume die Wurzel genommen, so wird er absterben. Darum muß es unsere edelste Aufgabe sein, Mittel zu suchen, um die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, und nach und nach zu denkenden Kollegen zu erziehen, dann haben wir die Garantie und die Grundbedingungen, die nöthig sind für eine Kampforganisation.

Ohne die Massen unserer Kollegen ist kein Kampf mit dem Unternehmertum zu führen. Wenn hin und wieder eine Ausnahme stattfindet, so liegt das hauptsächlich an der guten Konjunktur. Aber der Unternehmer weiß alsdann auch, wenn „seine Zeit“ gekommen ist. Moralisch sind wir verpflichtet, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Da unsere Unterstützungsabzweige auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen, so haben wir die Pflicht, auch den verheirateten Kollegen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit eine Unterstützung zu gewähren. Findet die Arbeitslosenunterstützung Annahme, so ist allen Theilen Rechnung getragen, und auf Jahre brauchen wir in Bezug auf Unterstützung keine durchgreifenden Reformen vorzunehmen. Klipp und klar, die Arbeitslosenunterstützung sei uns ein Mittel zu dem Zweck: Organisation aller in unserem Fach beschäftigten Berufsgenossen. Was die Erhöhung des Beitrages betrifft, so hat sich bis jetzt außer einigen Einflussreichen noch niemand dagegen gewendet.

Die Arbeitslosen-Statistik beweist uns, daß eine Erhöhung von 5 Pf. genügt und die Kollegen werden dieses Opfer gerne bringen, welches ihren eigenen Interessen gilt.

Dann aber auch erst, wenn wir die Masse zum Klassenbewusstsein erziehen haben, wird die Zeit kommen, wo wir unsere gewerblichen Verhältnisse auf die Dauer zu bessern im Stande sind. Also unsere Parole sei:

Für Arbeitslosen-Unterstützung.

Im Uebrigen verweise ich noch auf meinen ersten Artikel in Nr. 19 unserer Zeitung.

P. H. Herchenröder.

Hannover, den 22. Dezember 1899. In der am 2. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche als hauptsächlichsten Punkt der Tagesordnung unsere Arbeitslosen-Unterstützung hatte, erhielt zunächst Kollege Fürstenau das Wort. Derselbe schilderte zunächst die Entwicklung unserer Organisation mit Bezugnahme auf die Entwicklung der Debatten der drei Generalversammlungen über die Arbeitslosenunterstützung, behandelte dann ferner den Durchgang der Mitglieder. Er führte an, daß nicht etwa die zu geringe Leistungsfähigkeit des Verbandes in pekuniärer Sache die Schuld daran trüge, sondern die Trägheit und Gleichgültigkeit der Sattler im Allgemeinen, da der Sattler, wenn er, wie damals, hauptsächlich durch die Militär-Arbeit in die Lage gesetzt wird, zwei Groschen mehr zu verdienen als gewöhnlich, er nicht mehr daran denkt, Nebenmenschen und Nebenarbeiter zu haben. Denn auch uns haftet noch theilweise ein großer Hoheitsdünkel an: Beweis ist, daß unsere wenigen Bestgestellten und auch theilweise feststehenden Kollegen unserer Organisation fernstehen und durch Nichts, wenn auch noch so viel geboten wird, dazu zu bewegen sind, beizutreten. Dann weist Redner auf die große Zahl der Kollegen hin, welche als Heimarbeiter beschäftigt sind, bei welchen eine Kontrolle schwer sein wird; denn schon die Krankenlisten weisen uns nach, daß dort, wo die Kontrolle eine scharfe ist, doch noch viel gesündigt wird. Auch auf die sogenannte Pfuscharbeit weist derselbe hin, welche gerade in Hannover und auch in vielen anderen Städten als Ausbülfe für zu wenig verdienten Lohn von den Sattlern benutzt wird, welches auch in Zukunft nicht unterbleiben wird. Er bespricht ferner den Kostenpunkt. Gerade der verheiratete Sattler ist bei einer so minimalen Leistung nicht im Stande, seine Familie zu ernähren, so ist er darauf angewiesen, auf diese oder jene Art Arbeit anzunehmen, um so seine Familie durchzubringen, denn mit 6 Mk. und erst nach Ablauf einer Woche kann ein Verheirateter nicht auskommen. Versuchen wir durch andere Maßnahmen und zwar durch Einführung der Umzugslosten die älteren Kollegen heranzuziehen, durch die Arbeitslosen-Unterstützung werden wir es niemals erreichen. Redner ermahnt die Kollegen nochmals, geschlossen gegen die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen.

Nachdem erhält Kollege Mißfeld das Wort und befaßt derselbe sich mit den Eingekandis des Kollegen Standle. Er führte aus, daß die jüngeren Kollegen jetzt schon Wochen lang am Orte blieben, wenn sie arbeitslos wären, und sie dies doch nach Einführung der Unterstützung erst recht hätten, was er als Arbeitsnachweisführer schon vielfach beobachtet hätte. Er meinte, daß auf den Arbeitsnachweis viel mehr Gewicht gelegt werden müßte, da durch Ausbau unseres Arbeitsnachweises gegen die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen viel gethan werden kann. Kollege Mißfeld führte ferner an, daß die Befürworter der Arbeitslosen-Unterstützung sich alle ohne Ausnahme auf die Grundlage anderer Organisationen gestellt haben. Die Zahlen folgender Organisationen beweisen, daß dieses nicht angeht: nämlich die Bildhauer, organisiert seit 1881, haben von 6000 Arbeitern 8644 organisiert, die Buchbinder, seit 1886, von 46 280 Arbeitern 6800, die Buchdrucker, 1886, von 87 000 Arbeitern 24 600, die Pondschuhmacher, 1869, von 9881 Arbeitern 3150, Metallarbeiter, 1891, von 645 586 Arbeitern 75 481 organisiert. Als Gegenbeweis führte Redner unseren Verband an, gegründet 1889, von 41 914 Sattlern Deutschlands waren 1898 nur 2681 organisiert. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß wir uns nicht mit diesen Organisationen vergleichen können. Zu bemerken ist noch, daß die angeführten Branchen einen durchschnittlich besseren Verdienst als wir haben, in Folge dessen ist eine Erhöhung der Beiträge bei uns gegenüber diesen Organisationen weit schwerer durchführbar. Er

erklärt sich ebenfalls gegen die obligatorische Einführung der Unterstützung.

Hierauf erhielt Kollege Fürstenau das Wort; er geht hauptsächlich auf die Lage der Sattler in den größeren Städten ein, zunächst auf den Sitz unseres Hauptvorstandes, auf die Stadt Berlin selbst; er meinte, daß Berlin das Eldorado der bummelnden Sattler sei, denn in kleineren Städten wäre es ihnen nicht möglich, sich so lange zu halten, man es also den Berlinern nicht übel nehmen kann, wenn sie für Arbeitslosen-Unterstützung sind. Zunächst kommt dann Offenbach an die Reihe, dort sind die Verhältnisse ganz andere, da die meisten Kollegen in größeren Werkstätten zusammen arbeiten und eine bessere Agitationsweise entfalten können. Was Hamburg anbetrifft, ist Redner der Meinung, daß dort dieselben traurigen Verhältnisse herrschen wie in Berlin. Beweis, daß wir im Herbst viel von den Hamburgern überlaufen werden. Nun kam die Militär-Industrie an die Reihe, wo durchschnittlich die wenigsten organisiert sind, sich auch durch höheren Beitrag und diese große vorgelebte Leistung nicht heranziehen lassen. Wenn wir alles zusammenfassen, so werden wir finden, daß die kleineren Städte hauptsächlich für die größeren bezahlen müssen, wir dadurch aber eine ganze Masse Mitglieder verlieren werden, wir dann auch nicht mehr mit dem Prozentsatz rechnen können wie jetzt. Auch wünschen wir, daß uns wenigstens die paar alten Mitglieder, die wir noch haben, erhalten bleiben, denn dieselben machen die Ständigkeit unseres Verbandes aus, oder sind viele Kollegen vielleicht der Meinung: neue Gesichter, neue Gedanken?

Dann erhielt Kollege Zimmermann das Wort; auch er sprach sich gegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus und erklärte, keine Stärkung unserer Organisation darin finden zu können; er ermahnte die Kollegen, ihre Schuldbiligkeit bei der Urabstimmung zu thun, um so die Arbeitslosen-Unterstützung endgültig zu begraben.

Kollege Hoffmann sprach für Arbeitslosenunterstützung, bezugnehmend auf die Dortmunder Verhältnisse; er glaubt, nur durch Einführung derselben sei eine Heranziehung der älteren Kollegen möglich.

Kollege Otte sprach sich gegen Kollegen Hoffmann gewendet dahin aus, daß dessen Ausführungen nicht stichhaltig wären, und erklärte sich gegen die Arbeitslosenunterstützung.

Kollege Mißfeld erhielt nochmals das Wort und stellte im Gegentheil zu den Rnthmähungen in Betreff des Metallarbeiterverbandes, daß es da eingeführt sei und gut funktionierte, fest, daß sich in Hannover der Metallarbeiterverband aus Anlaß der Einführung gespalten und nun noch ein Lokalverein sich gebildet habe. Grund genug, zu befürchten, daß nach Einführung der Unterstützung unsere Organisation an Mitgliedern zurückgeht und sich nicht heben wird. Da nun hauptsächlich von der Opposition der Grund angeführt wird, daß es nur einflussreiche Kollegen seien, welche gegen die Unterstützung sprechen, so fragt derselbe, was denn einflussreicher sei, der gesammte Vorstand oder ein einzelnes Mitglied von einer Filiale? zumal doch das einflussreichste Mitglied keine Zeit hat, tagelange Agitationsreisen zu unternehmen. Ist dies etwa keine Beeinflussung? wenn da von dem Befürworter angeführt wird, es seien keine Gründe angeführt, so müsse er doch fragen, welche Rnthmähungen denn stärker seien, die der Ueberzeugungstlosen oder die der Ueberzeugungstreuen? denn die in der letzten Zeit so häufig gemachten einflussreichen Eingekandis der Ueberzeugungstreuen Kollegen beweisen gar nichts und ganz besonders das des Kollegen Rörcher aus Stuttgart nicht.

Zum Schluß erhielt Kollege Fürstenau nochmals das Wort; er ging scharf mit Kollegen Hoffmann ins Gehe; er fragt Hoffmann, ob das auch seine eigenen Ansichten wären, derselbe erklärt aber, selbst gegen Arbeitslosenunterstützung zu sein, aber nur den Dortmunder Verhältnissen und Kollegen Rechnung tragend, für dieselbe eingetreten zu sein. Dann meint Redner, daß die Einführung der Unterstützung gesichert scheint, macht aber allen Denen, welche unüberlegt und ohne große Nachgedanken aus reinem Egoismus, vielleicht auch zum Gefallen Anderer für dieselbe in der Urabstimmung stimmen, dafür haften, wenn wir vielleicht ein Fiasko mit der Einführung machen, denn es wird jedenfalls dann nur eine kleine Majorität sein, und ist Redner nicht der Ansicht, daß diese ganz und gar über das Wohl und Wehe der ganzen Organisation zu bestimmen hat. Redner stellt folgenden Antrag:

Die Filiale Hannover steht fest auf dem Standpunkt, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach Lage der Sattler und dem Vorschlage des Hauptvorstandes absolut unmöglich ist, denn nur, wenn wir in der Lage sind, unsere Kollegen so zu unterstützen, daß sie vor aller Noth gesichert sind, stimmen wir dafür; da dieses mit 6 Mk. pro Woche nicht möglich ist, sind wir stets und ständig dagegen und wurde dieser Antrag gegen eine Stimme angenommen.

Im Berichtedenen machte Kollege Fürstenau darauf aufmerksam, daß sämtliche Filialen lieber an der Einführung einer Umzugsunterstützung arbeiten möchten, er erblickt gerade darin ein besseres Zugmittel wie in der Arbeitslosenunterstützung; er giebt allen Filialen anheim, dieses hauptsächlich in Erwägung zu ziehen. Im Sinne dieses sprachen die Kollegen Otte und Zimmermann sich aus.

D. W e r m a n n, Schriftführer.

Nachdem die Gegner der Einführung der Unterstützung an Arbeitslose so reichlich das Wort ergriffen hatten, hätte sogleich der Vorwurf, daß unser Organ nur den Befürwortern dieser Unterstützung offen stehe, seitens der Dresdener Kollegen, dem Vorstand erspart werden können. Die Freunde der Unterstützung haben in der Mehrzahl ja erst später das Wort genommen, und wenn Standte für seine Ansicht Propaganda machte, so war dies sein gutes Recht, ja seine Pflicht, wenn er auch im Vorstand sitzt. Noch mehr war dies Pflicht von Sassenbach, der doch nur einen Vorschlag machte und denselben der Diskussion unterstellte, weil die Frage nun einmal zur brennenden geworden. Doch zur Sache. Obgleich, oder gerade weil schon so viel geschrieben wurde, kann ich mir nicht versagen, auch das Wort hier zu nehmen und einige noch nicht erwähnte Gesichtspunkte ins Auge zu fassen. Ich schmeichle mich dabei keineswegs, die Herren Gegner einer anderen Ueberzeugung zu überführen, doch glaube ich immerhin, daß dieselben Anlag nehmen dürften, die Sache auch von der anderen Seite zu betrachten, und wenn sie dies thun, so glaube ich allerdings, daß sie ihren strikt verneinenden Standpunkt aufgeben dürften. Gründe dagegen haben die Gegner nun freilich massenhaft vorgebracht, daß dieselben jedoch mit Qualität belastet gewesen wären, dürften sie selbst kaum behaupten, viel weniger konnte ein Befürworter der Sache eine solche herausfinden.

Erfreulicherweise, dies kann konstatiert werden, ist mit Ausnahme eines einzigen Falles, das grobe Geschick, die so radikal klingende Phrase, daß Gewerkschaften mit Unterstützungs-Einrichtungen keine Kampforganisationen seien oder sein könnten, wie dies vor drei Jahren noch in so ausgiebigem Maße der Fall war, diesmal in dem Waffenarsenal der Gegner verblieben und ich glaube bereits, die Waffe wäre einem historischen Museum oder einem Maritänenkabinett einverleibt worden, bis es den Dresdener Kollegen bezw. dem großen Gegner Sassenbach's, dem Gen. Sindermann, vorbehalten blieb, dieselbe wieder zu allerdings recht zweifelhafter Ehre zu verhehlen.

Doch bleiben der Einwände noch genug, bezeichnender Weise jedoch hebt einer den andern auf. Wie bereits verschiedenerorts erwähnt, ist auch nicht ein einziger stichhaltiger Grund gegen die Einführung der geplanten Unterstützung vorgebracht worden. Was gebracht wurde, waren Behauptungen, bestenfalls Befürchtungen, daß dies nicht durchzuführen sei, worüber aber der Beweis ebenso wenig gebracht werden kann, als wir heute schon den Nachweis liefern können, daß die Einführung dem Verband zum Vortheil war. Wie anders aber wollen wir die Gegenwart begreifen und für die Zukunft Schlüsse ziehen, wenn wir nicht aus der Vergangenheit lernen wollen, wenn wir nicht sehen wollen, wie andere Gewerkschaften durch diese Einführung bedeutende Fortschritte gemacht haben und noch weiter machen werden, je allgemeiner dieselbe eingeführt werden wird.

Ich exemplifizire durchaus nicht auf die Buchdrucker in Bezug auf deren Beitrag von 2 Mk. pro Woche, wo sich der Genosse in Dresden „nach Sotta“ gelinde gesagt, sehr stark getrimmt hat, denn in diesem Beitrag ist auch der für Kranken- und Invalidenunterstützung enthaltene. Aber macht nichts, der Zweck wird erreicht, und der heilige auch bei manchem Großen das Mittel. Zu bedauern ist dabei nur, daß die Mitglieder dadurch irre geführt werden, noch mehr, daß sie sich, ungeprüft, irren lassen. Alle anderen Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, und es ist eine ganze Anzahl, stehen sich gut dabei, stehen besser als wir. Ich nenne hier nur die Buchbinder, welche in ihrer Masse auch nicht besser bezahlt werden als wir und ganz anders durch die Konkurrenz der Frauenarbeit beeinträchtigt werden und deren Beitrag, wenn ich nicht irre, von 15, höchstens 20 Pfg. auf 35 Pfg. erhöht wurde, ohne daß Befürchtungen, wie solche von unserer Seite so viel laut werden, eingetroffen wären. Ganz das Gegenteil war der Fall, die Organisation hat rapid zugenommen und es fällt ihnen gar nicht ein, die Beiträge zu reduzieren. Doch sehen wir uns die Gründe der Gegner näher an. Da heißt es zunächst, wir können bezw. werden höhere Beiträge nicht bezahlen, und Kollege Köring kommt deshalb zu dem famosen Vorschlag, das Klassensystem einzuführen, in welchem er, wie er selbst sagt, verbeiträtete oder in festen Stellungen befindliche und besser bezahlte Kollegen mit 10 Pfg. tarift, zu welchem Preise dieselben dem Verband erhalten bezw. zugeführt werden könnten. Ich will mich hierbei nicht aufhalten, der Vorschlag ist einfach undiskutierbar, sondern nur bemerken, daß der Hinweis auf Oesterreich durchaus falsch ist, durch das Klassensystem in Oesterreich wird eben der Beitrag und die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bedingt, was doch wesentlich etwas anderes ist als R.'s Vorschlag.

Die gut bezahlten Arbeiter in den Städten, das wären also diejenigen, welche den höheren Beitrag nicht bezahlen wollten, die in kleinen Städten, oder aus dem Lande diejenigen, welche ihn nicht bezahlen können, und deshalb dem Verband den Rücken kehren würden oder müßten. — Dies Vieblein wurde auch gesungen, als es sich um Erhöhung des Beitrags von 15 auf 20 Pfg. handelte. Wer aber wie viel sind ausgezogen? U. u. w. g. Dann konnte Standte konstatieren, daß die Einzelmitglieder regelmäßiger zahlen und feinerzeit prozentual auch mehr Unterstützungsfondsmarken ließen. Ein Beweis gegen die Ansicht der Gegner. Es darf nicht vergessen werden, daß die Kollegen in größeren Städten, wenn sie auch höheren Geldlohn beziehen, auch mehr für ihren Unterhalt

ausgeben müssen, andererseits die Kollegen an kleineren Orten nicht die Gelegenheit haben, ihr Geld so nutzlos wegzuworfen, wie das vielfach in den Großstädten von einem Theil der Arbeiter der Fall ist. Aber selbst wenn der Grund der Gegner richtig wäre, so dürfte dies uns nicht abhalten, und zwar, weil, so wünschenswert uns deren Mitgefühl auch ist und sein muß, es zunächst gar nicht darauf ankommt. Hauptsache ist doch wohl vor allen Dingen, die Masse der Kollegen in den Großstädten und allüberall da, wo bereits Zahlstellen bestehen, dem Verbands zuzuführen. — Da heißt es nun aber wieder, das Geld, das für den vorwärtsigen Zweck notwendig ist, für vermehrte Agitation aufzuwenden, und erst bessere Verhältnisse zu schaffen, dann erst wäre an diese Unterstützung zu denken. Ganz schön gesagt, leider nicht praktisch gedacht. Wer sagt denn, daß wir dann auch die mehrfache Zahl geschulter Kräfte für die Agitation haben werden, oder daß die Agitation von besserem Erfolg begleitet wäre als dies bislang der Fall war. Wir können wohl mehr Geld ausgeben, vielleicht ein wenig mehr Erfolg haben, doch ich glaube nicht daran, da bisher schon geschehen, was geschehen konnte. Wir müssen uns eben bemühen, die uns noch fernstehende indifferente Masse zu nehmen wie sie ist, nicht wie wir wünschen, daß sie sein sollte und wie wir sie uns erst zurecht modeln wollen. Bei den Leuten ist und kann nichts von dem Idealismus vorhanden sein, an welchem der Genosse Sindermann in seinem Referat gegen Kollegen Sassenbach appellirte und welcher den Dresdener Kollegen so wundervollen Beifall entlockte. In ihrer Art sind diese 3000 verschiedenen eben praktischen Leute als wir, die wir seit dem zehnährigen Bestehen des Verbandes auch etwas gelernt haben sollten, und sei es auch nur die Erkenntnis, daß wir so wie bisher nicht weiter kommen können. Aber mit Verlaub, Genosse Sindermann und ihr Dresdener Kollegen, steckt denn in der Beschäftigung des Solidaritätsgefühls, wie solche gerade bei der Unterstützung der arbeitslosen Kollegen recht deutlich in die Erscheinung tritt, nicht ein gewaltiges Stück Idealismus oder doktrinirt sich derselbe darin, daß man in idealen Vorstellungen schwebt und schwärmt und etwa die leere Redensart „Einer für Alle, Alle für Einen“ im Munde führt, dieselbe aber in der That nie ausführt, indem man nicht gewillt ist, seinem Idealismus das Opfer eines höheren Beitrages zu bringen. Die Masse der Kollegen in die Organisation, gleichviel durch welche Mittel, zu bringen, das ist die Hauptsache oder vielmehr die erste Aufgabe, und dann dieselbe zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Zusammenhangs aller Dinge zu bringen und sie dadurch für höhere Ideale empfänglich und begeistert zu machen, das scheint mir auch ein Stück Idealismus zu sein, der überdem noch recht reale Früchte mit sich bringen wird. Gelingt dies in den Städten, in welchen wir bereits Fuß gefaßt, dann ist es ein leichtes, jeden vom Lande zuzerufen, in Arbeit tretenden Kollegen dem Verbands zuzuführen, und leichter wird dann die Agitation auch auf dem Lande werden. Das wird doch ein Jeder zugeben müssen, daß, wenn wir durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung größer, stärker und mächtiger werden, wir einen ganz anderen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen sowohl, als insbesondere auf den Arbeitsmarkt ausüben werden, als dies bis jetzt möglich war, und daß dann, aber erst dann etwas Kennenwerthes erreicht werden kann und wird, wodurch der erhöhte Beitrag dann leichter zu tragen sein wird als heute der niedrigere.

Wenn gesagt wird, da gehen uns die alten Kollegen oder der Stamm, der die Zahlstellen aufrecht erhält, verloren, so verweise ich darauf, daß wir die meisten noch gar nicht haben, daß andererseits aber die Jungen, die doch auch älter werden, für uns eben nicht zu gewinnen sind, oder wie bereits erwähnt, uns auch adieu sagen, wie dies bisher der Fall. Nun aber die Klassenwarde, welche die Kassa leeren, womöglich uns auch noch den Kassirer weggeschleppen; merkwürdig, daß gerade diejenigen, welche so idealistisch veranlagt, in der Mehrzahl der Kollegen nur Lumpen wittern. Des Weiteren darauf, wie auf die Krankenkassen einzugehen, erübrigt sich, da Sotta diesbezüglich sich schon geduldet und deshalb zu einem anderen Einwurf nicht kommen kann. Aber, o heilige — nein — o, ihr lieben, guten Gegner, gestattet uns, Euch unseren Dank zu sagen zu legen, dafür, daß einer den anderen widerlegt. Der Eine sagt, eine Mark pro Tag sei zu wenig zum Leben, zu viel zum Verhungern, „welche Logik“, der Andere fürchtet, daß dann kein Pöblier mehr auf Reisen gehen, sondern den Eingekessenen im Genteil liegen bleiben würde. Beides ist grundfalsch.

Grüßlich liegen heute schon genug in den größeren Städten, die eben nicht mehr auf Wanderschaft gehen können oder wollen und gerade deswegen, weil ihnen nichts geboten werden kann, mit oder ohne Willen zum Lohnbrüder verurtheilt sind. Die ledigen oder jungen Kollegen werden nach wie vor sich Arbeit auf der Reise suchen, weil dadurch für sie doch mehr zu erzielen, als durch ein Privatstimmium mit einer Mark pro Tag, welche nach Wochen eben auch ausbleibt, wenn bis dahin nicht in Arbeit, noch Anspruch auf Reiseunterstützung zu haben. Und ist diese denn etwas Anderes als Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, nicht nur mit dem Unterschied, daß sie auf der Reise bezahlt wird, sondern daß sie auch dem, der freiwillig seine Arbeit aufgibt, sei es, weil er sich die Welt ansehen will, weil er nach Hause will oder muß oder aus anderem Grunde aufgezehrt wird? Nicht nur der Gerechtigkeit willen, sondern die Klugheit gebietet die Einführung, denn darin hat Recht, daß abgesehen von dem fixen Wechsel und sonstigen

Zufällen der auf Reisen sich befindliche Kollege es leichter hat, als der an den Ort gebannte. Diejenigen aber, welche glauben, daß 8 M. pro Woche nicht seien und darüber spotten, die müssen mit Ausnahme von Reckling schon sehr lange in Arbeit stehen oder niemals länger arbeitslos gewesen sein und nie gehungert oder aber alles wieder vergessen haben, sonst könnten sie so nicht sprechen. Wer sie jedoch gekostet, durchgekostet hat die Arbeitslosigkeit, dieses Produkt unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, dem braucht man nicht zu sagen, welche segensreiche und wohl auch fruchtbringende Einrichtung dadurch geschaffen würde. — Nun noch die Kontrolle, diese mag schwierig scheinen und aus gewissen Gründen schwierig sein, „ich denke heute noch mit Bedauern an die 97. General-Versammlung in Erfurt, wo ich selbst bei den Delegierten keine Gnade in Bezug auf die Abschaffung der Puscharbeit von in Arbeit stehenden Kollegen gefunden habe,“ aber auch hierin werden Mittel und Wege gefunden werden können, um Mißbrauch vorzubeugen und entgegenzutreten.

Wenn nun weiter, wie dies auch von Gen. S. in Dr. geschehen, gesagt wird, man solle erst abwarten, wie die Geschichte bei den Metallarbeitern sich auswirken wird, und wenn Haugenstein meint, die Metallarbeiter wären schon verschmupft oder hätten dadurch Mitglieder verloren, so ist dies zum Mindesten eine sehr lächerliche Behauptung. In Bezug auf das Erstere möchte ich denn doch fragen, ob es sich ziemt, stets im Schlepptau einer anderen Gewerkschaft zu schwimmen, statt an uns selbst zu ermahnen, was wir können und was wir wollen, umsonst, als wir Beispiele an anderen Gewerkschaften zur Genüge haben. Freilich muß man sich auch bemühen, einer vorgefaßten Meinung aus besseren Gründen entgegen zu lernen. Gerade Kollege Haugenstein, der von sich selbst sagt, daß er selbst 40 Pfg. leisten könnte und würde, sollte auch bei Anderen solchen Opfermuth voraussetzen und herbeibringen suchen, weil er nicht nur im Prinzip dafür, sondern auch für die Einführung ist, wenn nur nicht die Beiträge sein müßten. Auf frühere Äußerungen von Kollegen in Versammlungen oder auf Konferenzen will ich nicht näher eingehen, sondern nur sagen, daß, wenn ich die Äußerung eines Freundes an der Seine ernst nehmen, d. h. glauben würde, ich ihm zurufen würde: Du kannst dem Verbannte nicht besser nützen, als wenn du ihm sobald wie möglich, jedenfalls aber vor der Einführung der Unterstützung bezw. vor der Abstimmung hierüber, den Rücken kehren würdest, schon des Beispiels wegen, das du alter Hiel den jungen Mitgliedern damit geben würdest. Das wäre gerade die richtige Disziplin, die ein Agitator inaugulieren sollte, doch ich bin mir bewußt, daß es nicht so kommen wird, es war ein Wort im Widerstreit der Meinungen und der Gedanke weicht der besseren Einsicht.

Kollegen, im Jahre 1890 zählten wir 1700 Mitglieder, Tausende wurden seit der Zeit aufgenommen, fast ebenso viele haben wir wieder verloren, und wenn der Zuwachs, den wir heute zu verzeichnen haben, dem besseren Ausbau der Reiseunterstützung und der Einführung der Sterbeunterstützung zugeschrieben wird, so mag dies zum Teil richtig sein. Ich glaube indessen, daß ein gut Teil der allgemein günstigeren Konjunktur, eifriger Agitation und den vielen Bewegungen anderer Branchen, wodurch mehr oder weniger auch die Sattler mit fortgerissen wurden, zuzuschreiben ist.

Ist jedoch das Erstere richtig, so spräche das nur für die Einführung der verpönten Arbeitslosenunterstützung, welche uns einen ganz anderen und voraussichtlich dauernden Zuwachs bringen würde, wodurch uns dann erst recht ermöglicht würde, eine nachhaltige Einwirkung auf unsere Arbeitsbedingungen, unsere Existenzverhältnisse auszuüben. — Ich halte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht nur für äußerst zweckmäßig, sondern geradezu für ein Gebot der Nothwendigkeit, für eine Lebensbedingung unseres Verbandes. So wie bisher kann es nicht weiter gehen, das lehrt uns die Erfahrung. Wird die Unterstützung abgelehnt, sie wird wiederkommen, und wer weiß, ob drei Jahre darüber vergehen und nicht eine außerordentliche Generalversammlung nothwendig wird, wer weiß, ob wir dann noch ebenso im Stande sein werden, sie einzuführen, wie dies heute der Fall ist. Ich fürchte, daß bei dem ersten größeren Nachlaß von Arbeitsgelegenheit wieder ein gewaltiger Mitgliederabgang eintreten wird, dauert derselbe an, so wird es uns schwer, bei wiederkehrender günstigerer Konjunktur die Leute zu sammeln, und auch unsere Klasse könnte erschöpft sein. Vergessen wir auch nicht, daß wir nicht nur den Empfänger von Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung etwa eine Wohlthat erweisen. Die Nützlichkeits solcher Unterstützung, wenn sie ihnen auch nicht in barem Gelde auf die Hand gezahlt wird, haben denn doch in letzter Linie die in Arbeit stehenden, und zwar auch die in festen Stellungen und besser bezahlten Kollegen. Würde nie Jemand auf die Wanderschaft gehen, sondern am Orte liegen bleiben, würde Jeder zu jedem Preise sich anbieten und arbeiten und so den in Arbeit Stehenden noch mehr im Rücken liegen, als dies heute schon der Fall ist; „der Unternehmer fragt nicht, wie lange der Arbeiter im Geschäft, sondern wer ihm dieselbe Arbeit gleichgut und billiger fertigt,“ und insofern kommt diese Unterstützung indirekt wieder den Arbeitenden zu Gute. Ich sage nicht, wie der Gegner gethan: „Auf zur Sammlung Mann für Mann für die Arbeitslosenunterstützung“, sondern präse Jeder reißt das Fähr und Wider, und er wird finden, was das Beste für den Verband sowie für das einzelne Mitglied ist. Die Leiter der Gewerkschaftsbewegung, der Generalkommission u. s. w. haben doch auch ein klein

wenig Kenntniß von solchen Sachen, und auf allen Gewerkschaftskongressen war noch die Klage über die geringen Beiträge, mit welchen die Gewerkschaften nichts leisten könnten, andernfalls hat wohl Jeder von uns schon auf die englischen Gewerkschaften und ihre Erfolge hingewiesen. Weiter wir nunmehr darauf hin, daß die selben das, was sie erreicht haben, nur erreichen konnten durch ihre Zahl und ihre höheren Beiträge; wenn wir dies den Mitgliedern planfibel machen, dann werden sich auch die Sattler zu höheren Beiträgen verstehen.

Um nochmals auf Sotta's Größe zurückzukommen. Wie denkt er sich denn den Einfluß, wodurch die Unternehmer gezwungen werden sollen, die Gewerkschaften anzuerkennen? Durch das Gesetz! Sehr richtig, aber bisher wurde nur gesetzlich festgelegt, was die Arbeiter sich vorher im schweren Kampf errungen hatten. Und haben wir nicht das gesetzlich anerkannte Koalitions- und Vereinigungsrecht. Gewiß. Aber die Unternehmer pfeifen darauf und zwar so lange, bis ihnen ihre Arbeiter durch ihre Organisation die Zähne zu zeigen im Stande sind. Wie dies aber machen.

Ruhnert hatte recht in seinem Artikel, herein mit den Indifferenten und dann mögen die Idealisten an die Arbeit gehen, jedenfalls mit besserem Erfolg, als wie sie ihn heute zu verzeichnen haben können.

Nur kurz will ich noch erwähnen, daß man im alten Verbannte schon nach dreijährigem Bestehen zu der Ansicht gelangte, daß eine solche Einrichtung getroffen werden müsse, wenn man vorwärts schreiten wolle und wenn die Dresdener Delegirten damals für lokale Unterstützungsclassen eintraten, so spielte dabei ein gewisses partikularistisches bezw. lokales Interesse mit. Wären die Gewerkschaften seiner Zeit nicht dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen, „denn diese waren es hauptsächlich, welche der besitzenden Klasse, insbesondere den Unternehmern, ein Dorn im Auge waren und nicht die politische Bewegung“, hätte der Verband weiter bestehen können, die Unterstützung der Arbeitslosen wäre längst eingeführt worden, weil sie ebenso nothwendig geworden war, wenn sie auch nicht so heiß auf die Zinger brannte, wie dies heute der Fall ist.

Gr o m d a f.

Bekanntmachung

betr. Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung in Nr. 21 unserer Zeitung werden die Verwaltungsstellen unseres Verbandes ersucht, in der zweiten Hälfte des Januar, aber nicht vor dem 16. und nicht nach dem 31. Januar, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, um die Urabstimmung vorzunehmen. Diese Versammlung ist den Mitgliedern genügend bekannt zu geben.

Vor dem Zusammentritt der Versammlung sind die Namen der stimmberechtigten Mitglieder in die vom Centralvorstand zugesandte Liste einzutragen. Stimmberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als 10 Wochen, oder falls sie Stundung erhalten haben, nicht mehr als 15 Wochen im Rückstande sind. Andere Mitglieder dürfen auf keinen Fall in die Liste eingetragen werden.

Abstimmen kann nur derjenige, der in die Liste eingetragen ist. Sollte ein Mitglied irrtümlich nicht eingetragen worden sein oder vor Beendigung der Abstimmung durch Vorlegung seines Mitgliedsbuches beweisen, daß es seine rückständigen Beiträge bezahlt hat, so muß es nachträglich in die Liste eingetragen und zur Abstimmung zugelassen werden.

Die Abstimmung ist im Allgemeinen durch den Ortsvorstand zu leiten; auf Beschluß einer Mitgliederversammlung kann indessen auch ein besonderes Bureau mit der Leitung der Abstimmung beauftragt werden. Die Abstimmung leitende Körperschaft muß aus mindestens drei Personen bestehen; diese haben während der ganzen Dauer der Abstimmung anwesend zu sein.

Den Beginn der Abstimmung können die örtlichen Verwaltungen beliebig festsetzen. Vor zehn Uhr darf indessen die Abstimmung nur dann als geschlossen erklärt werden, wenn sämtliche in der Liste eingetragene Mitglieder ihre Stimme bereits abgegeben haben. Eine Unterbrechung der Abstimmung auf Tage oder Stunden darf nicht stattfinden.

Der Abstimmende tritt persönlich an den Tisch des Bureaus heran, nennt seinen Namen und legt dann seinen zusammengefalteten Abstimmungsstempel in die auf dem Tische stehende Urne. Neben dem Namen eines Jeden, der abgestimmt hat, wird durch den Listenföhrer mittels Blankettes ein Zeichen gemacht.

Nachdem die Abstimmung beendet ist, ist die Zahl der vorhandenen Abstimmungszettel mit den in der Liste enthaltenen Vermerken zu vergleichen. Stimmen diese überein, so ist das Resultat festzustellen. Sollte sich zwischen der Anzahl der Stimmentzettel und den Vermerken in der Liste eine Differenz ergeben, so ist dieses, wenn es nicht sofort geklärt werden kann, genau zu protokollieren.

Das Resultat ist in dem dafür bestimmten Formulare einzutragen und sofort nebst der Liste und den Stimmentzetteln an den Centralvorstand einzusenden. Abstimmungsergebnisse, die nach dem 8. Februar einlaufen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Einzelmitglieder haben ihre Stimme an den Hauptkassierer einzusenden.

Wer für die Arbeitslosen-Unterstützung ist, schreibt: für oder ja, wer dagegen ist: gegen oder nein. Solche Zettel, die ihr „Ja“ oder „Nein“ von besonderen Bedingungen abhängig machen, sind für ungültig zu erklären.

Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Bei der Firma Bitter, Berlin, sind in Folge Maßregelung von Kollegen Differenzen ausgebrochen.

Wism. In der Werkstelle von Ahornor bereitet sich eine Lohnbewegung vor. Der Bezug nach dieser Werkstelle ist deshalb fern zu halten.

Vermischtes.

Das Pariser Generalsekretariat der Lederindustrie sendet uns folgende Einladung:

Unser nationaler Kongress des Jahres 1895 beschloß, daß im

Jahre 1900 ein Kongress der Lederindustrie und der zugehörigen Berufe einberufen werden sollte.

Diesem Beschluß nachkommend und in Hinblick auf die günstigen Antworten der zugehörigen Organisationen der französischen Weißgerber und Schuhmacher und in der Hoffnung auf die Beteiligung der Sattler und Handschuhmacher beruft unser Komitee einen internationalen Kongress der Lederindustrie ein, der in Paris während der Weltausstellung des Jahres 1900 zusammen treten soll.

Das Komitee richtet daher einen dringenden Appell an alle zugehörigen Organisationen, an diesem Kongresse teil zu nehmen und so schnell wie möglich die Punkte mitzutheilen, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Es ist in Aussicht genommen, daß der internationale Kongress der Lederindustrie einige Tage vor dem großen nationalen Gewerkschaftskongress zusammen treten soll; falls Sie anderer Meinung sein sollen, bitten wir um Mittheilung.

Fragen, die auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, sind bis zum 31. Januar an den Generalsekretär des Kongresses: Renaudin, 1. rue du Canal St. Martin, einzusenden.

Dessau. Bei der Wahl des Gesellenausschusses siegte die Verbandsliste.

Meißen. Unsere Veröffentlichung über das eigenartige Statut der Meißener Sattlerzwangsinnung, die von verschiedenen Parteiblättern wiedergegeben wurde, hat bewirkt, daß sowohl die Meißener Sattlerinnung als auch die Barbierinnung, die dieselbe ungeschickliche Bestimmung hatte, seitens des Ministeriums zur Umänderung des Statutes gezwungen wurden.

Briefkasten.

Wien. Die gestellten Fragen werden bei Annahme der Reise-Unterstützung durch den im Februar erscheinenden Entwurf beantwortet werden.

Fragekasten.

Eingelaufene Antworten werden in der nächsten Nummer bekanntgegeben. Die Kollegen werden gebeten, solche Fragen, die sie beantworten können, auch zu beantworten.

Antwort: Garnirte Pferdehufe liefert Sattlermeister Julius Weier, Breslau, Gräbnerstraße 10.

Vereinstheil.

Verband der Sattler, Tapezierer und verwandten Berufsge nossen.

Jahresabrechnung.

Im Laufe dieser Woche sind an die Verwaltungsstellen die neuen Stredenberechnungen und die zur Abstimmung nötigen Formulare gefandt worden. Sollten sie an irgend einer Stelle ausgeblieben sein, so wird um sofortige Bestellung ersucht.

Es wird zum dritten und letzten Male darauf hingewiesen, daß die Abrechnung über das 4. Quartal bis zum 30. d. M. eingefandt werden muß. Durch Nicht-einsendung entstehenden Schaden haben sich die Verwaltungsstellen selbst zuzuschreiben. Auch darf nicht vergessen werden, die Fragebogen betr. Arbeitslosigkeit mit einzusenden, da gleichzeitig mit der Abrechnung das statistische Resultat für das Jahr 1899 gebracht werden soll.

Abrechnungen liefen ein von Bremen, Bremerhaven, Elberfeld, Hannover, Kassel, Leipzig I, Magdeburg, Mainz, München, Nürnberg, Reutlingen und Striegau.

Der Vorstand. J. A.: Joh. Sassenbach.

Der ehemalige Kassierer von Haderleben, F. A. Lange, der abgereist ist, ohne dem Vorstande Mittheilung zu machen, wird ersucht abzurechnen, oder aber anzugeben, an wen er das Verbandsmaterial übergeben hat. Die nach Haderleben gefandten Zeitungen kamen immer als unbestellbar zurück.

Zur Generalversammlung.

Kutridge zur Generalversammlung sind bis zum 18. März einzusenden.

Unsere skandinavische Bruder-Organisation hat bereits die Kollegen J. P. Jönsson, ihren Centralvorsitzenden und G. A. Olsen mit ihrer Vertretung auf unserer Generalversammlung betraut.

Abrechnung vom 28. Dezember 1899 bis 9. Januar 1900.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Mannheim 80,—, Darmen 50,—, Leipzig I 92,60, Berlin II 80,—, Leipzig II 61,52, Reutlingen 30,—, Magdeburg 60,—, Stuttgart 20,—, Frankfurt 60,—, Hamburg 110,—, Wädheim a. R. 20,—, Stuttgart 25,— Mt. Summa 689,12 Mt.

Aufnahme von Einzelmitglied: E. Schütz-Schönhausen 0,50 Mt.

Beiträge von Einzelmitgliedern: A. Emanuel-Nichtenberg 2,60, D. Meißner-Cronau 3,—, B. Wetzel-Torgau 2,60, A. Fiehe-Genthin 3,—, A. Dannhäuser-Brandenburg 1,—, E. Schütz-Schönhausen 1,—, J. Thiele-Schönhausen 1,—, D. Reich-Wünsdorf 0,80, P. Seidel-Steine 0,80, D. Kettner-Bischofsmerda 4,—, W. Hellwig-Marrioh 2,40, P. Koal-Jossen 3,—, E. Otto-Wurich 1,—, J. Martin-Salzweibel 2,40, H. Engelbrecht-Celle 1,—, F. Schätterny Halberstadt 1,—, D. Jürgensen-Sonderburg 1,60 Mt. Summa 32,20 Mt.

Georg Standke, Hauptkassierer.
Berlin S., Fichtestr. 33.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Hamburg. B. W. Holzkämper, Grabenstr. 30, Haus v. K. Wils. Schütz, Schulterblatt 62, III.
Kaiserlautern. D. Jakob Bonin, Schanzstr. 37.
Bremen. B. W. Wankewitz, Bahnhofstr. 73.
Darmen. B. Otto Wolmar, Unterbörsenstr. 71 A.
Mater. K. Friedrich Hortal, Welfenmarktengasse 1, II. (7-8.)

Mittheilungen der Agitations-Komitees.

Jahres-Abrechnung

des Agitationskomitees für die Provinz Schlesien.

Wie aus dem Jahres-Bericht in Nr. 2 vom 14. Januar v. J. ersichtlich ist, war ein Kassenbestand in Händen des Agitations-Komitees am Jahres-Schluss 1898 nicht vorhanden, da die Kosten für die neugegründeten und zum Theil leider wieder eingegangenen Filialen 27 Mt. betrug, die 10 pCt. von der örtlichen Einnahme

aber nur 25,05 Mk. ergaben, so daß ein Defizit von 1,95 Mk. aus der örtlichen Einnahme gedeckt werden mußte.

Im Jahre 1899 hatte das Komitee folgende Einnahmen zu verzeichnen und zwar:

An pSt. im I. Quartal	14,60 Mk.
" " " II. "	15,10 "
" " " III. "	12,- "
" " " IV. "	17,20 "

Summa 58,90 Mk.

Ausgegeben wurde im Laufe des Jahres, und zwar im I. Quartal:

An Porto für Schreiben in verschiedene Provinzialstädte behufs Verbindung für weitere Agitation	0,78 Mk.
II. Quartal:	
14. Mai: Agitationstour nach Waldenburg	7,70 "
10. Juli: Öffentliche Versammlung in Breslau, Vortrag Flugblätter betr. Bekanntgabe der Einrichtung des Arbeitsnachweises	4,50 "
Porto für Einladungen zc.	3,88 "
III. Quartal:	
24. Septbr.: Tour nach Piesnitz und Striegau	7,50 "
Porto für Gewinnung von Einzelmitglieder in der Provinz	1,45 "
IV. Quartal:	
1. Novbr.: Eine öffentliche Versammlung in Breslau, Flugblätter zur Unterbreitung der Forderung an die Meister, betr. Abschaffung des Kopf- und Logiswesens	4,- "
Gedruckte Schreiben an die Meister	3,50 "
Zirkulare betr. den Ausbruch der Differenzen in Striegau	0,46 "
Porto für Einladungen zc.	1,22 "
Summa 89,99 Mk.	

Abschluß:

Einnahme	58,90 Mk.
Ausgabe	39,99 "

Bestand am 1. Januar 1900 18,91 Mk.

Revidirt und richtig befunden:

Breslau, den 20. Dezember 1899.

Die Revisoren:

Karl Gnabny, Josef Gründler.

Bedauerlich ist es, wie Eingang erwähnt wurde, daß von den neu gegründeten Filialen ein paar schon wieder im Eingehen begriffen oder eingegangen sind, wie Piesnitz.

Rottbus ist in der Abrechnung ebenfalls nur noch durch Striche gezeichnet, hier wäre es wohl Sache des Agitations-Komitees der Provinz Brandenburg gewesen, sich um die so nahe Filiale etwas zu bemühen! Desgleichen ist Polen zu sehr außer dem Kurs. Pflichtgemäß sollte hier der Zentralvorstand sein Augenmerk darauf richten und etwas mit eingreifen, vielleicht durch Genossen Gogowsky, welchem Gelder seitens des Zentralvorstandes zur Verfügung gestellt würden zur weiteren Agitation, damit die dortige Filiale am Leben erhalten bleibt, da das hiesige Komitee mit seinen geringen Kräften am Orte entschieden zu schwach ist, weit über die Grenzen seines Tätigkeitsbereiches sein Augenmerk zu richten. Im nächsten Frühjahr soll der Versuch gemacht werden, in Schweidnitz, Jauer und Gletwitz mit der Gründung von Filialen vorzugehen.

Die Kommission:

Karl Tr.

Herrmann Barnowsky, Karl Stumpe.

Fachverein der Sattler, Tschner und Riemer Oesterreichs.

Berichte und Notizen aus Oesterreich sind nicht an die Redaktion, sondern an Heinrich Wilhelm, Wien V, 2, Jagngasse 18, einzusenden.)

Gelder für den Fachverein sind an den Kassier der Centrale Mathias Gauze, VIII. Josefstädterstraße 81 zu senden. Gelder für die freie Organisation sind an den Hauptkassier Richard Domes, VII, Bielegasse 49, zu senden. Arbeitsvermittlung: Montag, Mittwoch und Samstag im Vereinslokal, VI, Mariaböserstr. 18 (E. Aufsicher's Restauration). Reise-Unterstützung beim Arbeitsvermittler Josef Chlubna, VI, Kasernengasse 12 (12-1 u. 6-7 Uhr).

Wien. Bericht über die am 25. und 26. Dezember 1899 in E. Aufsicher's Restauration, Mariaböserstr. 18, stattgehabte I. Delegirten-Versammlung des Fachvereins der Sattler, Tschner und Riemer Oesterreichs. Beginn 11 Uhr Vormittags.

Der Obmann der Centrale, Genosse Dielel, begrüßt die Anwesenden, bespricht die Bedeutung der Versammlung und deren Beschlüsse für die zukünftige Entwicklung des Vereins und erklärt die Versammlung für eröffnet.

Delegirte sind anwesend: Aus Brünn: G. Moraf; Prag: Horacel, Josef; Horacel, Wenzel; Kopeck. Die Ortsgruppen Graz und Leobersdorf haben Wilhelm ihre Vertretung übertragen. Von Wien: G. Degen, J. Eberth, A. Ditscher,

J. Langer, S. Moser, E. Pauls, G. Plater, K. Schellinger, F. Bobrouffel, G. Wilhelm.

Die Mitglieder des Zentralvorstandes können an den Beratungen teilnehmen. Stimmrecht haben nur die Delegirten.

Die Tagesordnung wird in folgender Weise ergänzt:

1. Wahl der Zentralkleitung und der Kontrolle.
2. Berichte.
3. Beschlußfassung über Höhe der Beiträge der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung.
4. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung.
5. Fachpresse.
6. Anträge und Anfragen.

Zum 3. Punkt stellt der Zentralvorstand den Antrag, die Höhe der Beiträge und Unterstützung folgenbermaßen festzustellen: 1. Klasse: Beitrag 20 Heller. Arbeitslosenunterstützung 6 Kronen. 2. Klasse: Beitrag 28 Heller. Arbeitslosenunterstützung 9 Kronen. 3. Klasse: Beitrag 36 Heller. Arbeitslosenunterstützung 12 Kronen.

Zum 1. Punkt giebt Gen. Dielel bekannt, daß das Wahlkomitee den Genossen Wehrle als Obmann für die Zentralkleitung vorgeschlagen, derselbe aber abgelehnt hat. Rigal giebt die Kandidaten bekannt und sind vorgeschlagen: Obmann: Ludwig Pauls; Obmann-Stellvertreter: Hermann Schweinburg. Kassier: Franz Bobrouffel; Kass.-Stellvertreter: Johann Ehrlich. Schriftführer: Heinrich Wilhelm; Schrift.-Stellvert.: Georg Degen. Beisitzer: Ignaz Eberth, Alois Ditscher; Ersatz Franz Prantl, Eduard Altma. In die Kontrolle: Eduard Basal, Jakob Dielel, Franz Jordan, Anton Winkler, Johann Stalleter; Ersatz Johann Langer.

Genosse Pauls übernimmt den Vorsitz und erläßt Gen. Dielel zum 2. Punkt, Berichte, das Wort. Er bespricht die Statutenänderung in ihren Details. Nachdem die Generalversammlung vom 17. Dezember 1898 das Selbstbestimmungsrecht beschlossen, mußte das vom früheren Ausschusse ausgearbeitete Statut demselben angepaßt und eingereicht werden. Das Statut wurde vom Ministerium wegen dem bekannten „Wissenswerthen“ und wegen einer Bestimmung über die Gewerbeberichte zurückgewiesen. In diese Zeit fällt dann der Protest der Grazer Ortsgruppe betreffs des Selbstbestimmungsrechtes und hat sich der Zentralausschuß veranlaßt gefühlt, diese Sache einer Mitgliederversammlung vorzulegen, bei welcher beschlossen wurde, die Einführung des Klassensystems einer zu Pfingsten 1899 einzuberufenden Generalversammlung noch einmal vorzulegen. Diese Generalversammlung, bei der Vertreter von allen Ortsgruppen anwesend waren, hat auch die Einführung des Dreiklassensystems beschlossen. Die Statuten wurden abermals eingereicht, weil aber die Höhe der Beiträge und Unterstützung in den einzelnen Klassen in dem Statut nicht enthalten waren, abermals zurückgewiesen. Da eine Festsetzung der Beiträge und Unterstützung im Statut unmöglich ist, in demselben aber durch einen Paragraphen bestimmt ist, daß dies von der Delegirtenversammlung geschieht, wie bei anderen Vereinen und Korporationen, hat der Zentralausschuß, der durch Beschluß der Generalversammlung dazu ermächtigt war, die Statuten in der heute vorliegenden Form geändert und sind dieselben mittels Erlasses vom 12. November 1899 des Ministeriums des Innern genehmigt. Es wurden sofort die Ortsgruppenstatuten eingereicht an die betreffenden Statthalterei in gleicher Weise und Form. Für Wien, Leobersdorf und Salzburg wurden sie genehmigt. Die Grazer Statthalterei verlangt 5 Hauptstatuten, die Grazer die Bescheinigung, daß ein Fachverein der Sattler, Tschner und Riemer, (trotzdem dort eine Ortsgruppe) besteht, die Brünn eine Bescheinigung des geänderten Hauptstatuts. Der Amtsschimmel feiert bei unserer Statutenänderung schon wahre Orgien. Auf die Besprechung der Wiener Verhältnisse übergehend, bespricht Dielel die ungünstige Konjunktur; bei den Branchen sind aber trotzdem eine Anzahl Werkstätten für die Organisation gewonnen worden. Wenn die Mitgliederzahl in Wien trotzdem nicht gestiegen, ist in mancher Hinsicht der Streik schuld, und ist deswegen zu hoffen, daß diese Scharte bald ausgewechselt wird.

Gen. Kopeck-Prag bringt den Bericht von Prag. Seit dem günstigsten Ausgang der Streiks bei Wlassmann und Bobrouffel ist die Mitgliederzahl des Vereins in stetigem Wachsen begriffen und zählt die Ortsgruppe bis heute 186 Mitglieder. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig, da aber die Erkenntnis, daß nur durch die Organisation bessere Zustände geschaffen werden können, bei immer mehr Kollegen Eingang findet, wird es auch in Prag in dieser Hinsicht besser werden, nur muß auch die Zentralkleitung mehr agitatorische Tätigkeit entfalten.

Gen. J. Horacel-Prag bespricht die Schwierigkeiten der Agitation und die ungenügenden Mittel, welche zur selben zur Verfügung stehen, insbesondere die Fachpresse, deren Werth die Kollegen anerkennen; leider sind die schweissigen Mitglieder in diesem Punkte verkräftigt und wird die Prager Ortsgruppe bei der Verhandlung über die Presse ihre Anträge stellen.

Gen. Moraf-Brünn erklärt, daß er keinen erfreulichen Bericht bringen kann, indem in Brünn das Sattler-, Tschner- und Riemergewerbe ganz darniederliegt. In Werkstätten, wo früher 6 Gehilfen beschäftigt waren, sind jetzt 2 beschäftigt. Im Ganzen stehen in Brünn nur 37 Arbeiter in Kondition und ist die Arbeitslosigkeit unter den Branchenangehörigen so groß wie nie zuvor. Was die Organisation betrifft, hat dieselbe nicht nur unter dem schlechten Geschäftsgang zu leiden, sondern haben auch persönliche Dinge an

ihrem Zurückgang ihren Anteil. Bei Gründung der Ortsgruppe zählte diese über 80 Mitglieder, während jetzt nur 14 derselben angehören.

Auch Gen. Moraf hofft, daß durch Agitation der Zentralleitung die Organisation wieder stärker wird. Betreffs des agitatorischen Wertes der Presse für die Fachorganisation spricht Gen. Moraf im Sinne der Prager Genossen.

Ueber die Verhältnisse in Graz berichtet Wilhelm, daß dieselben vielleicht als besser bezeichnet werden können als in früheren Jahren, doch ist der Indifferentismus in einzelnen Werkstätten schuld, daß einschneidende Reformen in den drei Gewerben betreffs Lohn- und Arbeitszeit nicht erreicht werden können. Falls eine ungünstige Konjunktur eintritt, wird die Zentralleitung ihre Maßnahmen zu treffen haben.

Betreffs Leobersdorf, sagt Wilhelm, kann er die Erklärung abgeben, daß die alten Genossen dem Verein stets treu bleiben werden.

Von der Salzburger Ortsgruppe kommt ein Brief zur Verlesung, in welchem der Vorstand erklärt, daß er sich nicht berechtigt fühlt einen Delegierten zu entsenden, nachdem die Ortsgruppe mit der Mitgliederzahl auf 14 gesunken, und daher auf die Beschlässe keinen Einfluß ausüben will, da er dies als Ueberhebung betrachtet. Der Zurückgang der Mitglieder in Salzburg hat darin seinen Grund, daß ein großer Theil der Kollegen nur periodisch beschäftigt ist und nach Beendigung der Saison abreisen muß. Der Vorstand entbietet der Versammlung die besten Grüße und erklärt, die Beschlässe derselben zu respektiren, obwohl die Salzburger gewünscht hätten, daß eine Klasse mit einem Beitrag unter 20 Heller eingeführt würde.

Es wird über die Berichte die Diskussion eröffnet. Gen. Mell kritisiert den Standpunkt der Salzburger Ortsgruppe, der für eine Arbeiterorganisation ganz unrichtig ist. Kann eine Ortsgruppe für die Kosten einer Delegation nicht aufkommen, so ist die Zentralkasse zur Tragung derselben verpflichtet. Die Wichtigkeit der Theilnahme an Versammlungen wie die der Delegierten für die Provinz-Organisationen wiegt die Kosten wohl auf. Für die Zukunft wünscht Redner, daß die Zentralleitung den Ortsgruppen ausbeinanderfetzt, daß der Kostenpunkt kein Argument ist, der Delegiertenversammlung fernzubleibe. Gen. Bielel spricht im selben Sinne. Die Delegierten Schweinburg, Sevcini, Mell, Bodrouffel, Wilhelm, Moser, Schellingner, Olscher besprechen die Maßnahmen zur Hebung der Lage der Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen und wird die Zentralleitung den örtlichen Verhältnissen angepaßt eine regelmäßige Agitation betreiben müssen.

Nach einer zweifündigen Mittagspause wird der 3. Punkt der Tagesordnung in Verhandlung gezogen. Als Referent des Ausschuhantrages spricht Genosse Schweinburg. Seit Jahren fordert ein Theil der Wiener Mitglieder eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, was seinen Grund darin hat, daß seit Jahren bei unseren drei Branchen eine ungünstige Konjunktur vorherrschend ist und die Kollegen immer mehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Der Ausschuh hat den Wunsch der Kollegen für berechtigt anerkannt und ist auch der Ueberzeugung, daß je mehr der Verein bietet, je mehr Anhänger wird er gewinnen. Wenn wir die Kollegen wegen der Unterstützung im Verein bekommen, ist immer eher die Gelegenheit gegeben sie mit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung betraut zu machen, als wenn sie nicht kommen. Daß bei einer großen Zahl Arbeiter weder Reden noch Schreiben etwas nützt, haben wir zur Genüge erfahren und soll der Versuch auf andere Weise gemacht werden. Der Ausschuhanttrag ist für den Verein sowie für die Mitglieder unter den heutigen Verhältnissen das Zweckentsprechende und erucht er, die Delegiertenversammlung möge denselben einstimmig zum Beschluß erheben.

Wilhelm stellt den Antrag, daß die Redezeit folgendermaßen bestimmt wird: Die Ortsgruppenvertreter und Referenten haben eine Redezeit von 10 Minuten, andere Redner 5 Minuten. Er begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die anderen Punkte der Tagesordnung und der beschränkten Zeit, die zur Verfügung steht. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wilhelm erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, weil durch denselben es möglich wird, den Verein finanziell besser zu fundiren und leistungsfähiger zu machen und auf der andern Seite die Provinzmitglieder mit einer Erhöhung der jetzigen Beiträge verschont. Weiter bespricht er die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung für die Gewerkschaften überhaupt. Auch er hat vor Jahren zu Jenen gehört, die vom Unterstützungsweesen in einer Kampforganisation nichts wissen wollten. Durch praktische Thätigkeit in der Gewerkschaft ist manches von den Idealen und Hoffnungen zerronnen und geht seine Ansicht dahin, daß eine Organisation nach Möglichkeit ihren Angehörigen auch in den traurigen Tagen der Arbeitslosigkeit helfen kann und muß, wenn die Arbeiter an ihr die Stärke und Hoffnung finden sollen, die ihnen nirgends wird. Die Erfahrung zeigt uns, daß wir bei der Werkstätten-Agitation mit dem Hinweis auf die Arbeitslosenunterstützung, die der Fachverein gewährt, Mitglieder gewonnen haben, die heute thätige klassenbewußte Parteigenossen sind, während sie im anderen Falle uns noch fremd wären.

Die Genossen Ropetzki und Horazel erklären sich mit dem Antrag einverstanden, da es durch denselben möglich wird, den Mit-

gliedern in jeder Hinsicht mehr zu bieten, was die Agitation bedeutend erleichtert.

Gen. Moraf-Brünn erklärt, daß auch die Brünnner Ortsgruppe mit dem Antrag einverstanden ist.

Gen. Bielel bespricht die Umstände, welche den Zentralausschuh veranlassen, eine Klasse mit einem Beitrag unter 20 Heller nicht in Vorschlag zu bringen. Die Leistungen des Vereins angemessen dem niederen Beitrag wären so gering, daß bei der Agitation mit diesen nicht viel herauszusehen würde.

Nachdem noch einige Genossen den Antrag befürworteten und der Referent in seinem Schlußwort darauf hinweist, daß andere Gewerkschaften seit Langem noch höhere Beiträge einheben müssen, als die Sattler, Tischner und Kleiner, aber nicht in der Lage sind das zu bieten, was unserem Verein möglich ist, und der Vorkitzende auf die Bedeutung dieses Antrages für die finanzielle Sicherstellung des Vereins hinweist, wird die Debatte geschlossen und die Abstimmung vorgenommen. Der Antrag des Zentralausschusses wird ohne Aenderung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Betreffs der Reiseunterstützung wird nach kurzer Debatte Folgendes bestimmt:

Die Ortsgruppe Wien zahlt 2 Kronen, jede andere Ortsgruppe 1 Krone. Mit den ausländischen Organisationen unserer Branchen bleiben die bisherigen Vereinbarungen aufrecht.

Wilhelm stellt den Antrag: „Die Beschlässe der Delegiertenversammlung zum 3. Punkte der Tagesordnung treten mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.“ Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Beschlusfassung über die Geschäftsordnung“, referirt G. Bielel. Redner macht darauf aufmerksam, daß die Geschäftsordnung ein umfangreiches Exzerpt ist, dessen Durchberatung der Versammlung unmöglich und beschwerlich ist, dieselbe der Zentralleitung zur Beschlusfassung zuzuwiesen.

Indem die Zeit schon vorgeschritten und noch 2 Punkte zu erledigen sind, wird auf Antrag Schweinburg die Erledigung dieser Angelegenheit der Zentralleitung zugewiesen. Wilhelm will die wichtigste Bestimmung in der Geschäftsordnung, das ist die Karenzzeit betreffs des Uebertritts eines Mitgliedes in eine höhere Klasse, von der Delegiertenversammlung bestimmt haben. Die Delegierten schließen sich dem an und wird die Diskussion eröffnet, in deren Verlauf zwei Anträge gestellt werden und zwar: Antrag Bavrrouffel: „Tritt ein Mitglied in eine höhere Klasse über, hat es nach einer 6 monatlichen Karenzzeit Anspruch auf die höhere Unterstützung.“ Antrag Wilhelm: „Jene Mitglieder, welche vom 1. Januar bis 30. Juni 1900 in eine höhere Klasse eintreten, haben eine 6 monatliche, jene Mitglieder, welche nach dieser Frist übertreten, eine 12 monatliche Karenzzeit zur Erreichung der höheren Unterstützung durchzumachen.“

G. Bavrrouffel begründet seinen Antrag damit, daß den alten Mitgliedern Rechnung zu tragen ist. Wilhelm sagt: sein Antrag trage auch den alten Mitgliedern Rechnung; diese Begünstigung auch auf die neuen auszudehnen, hält er für eine Ungerechtigkeit. Für den Antrag Bavrrouffel sprechen Bielel, Moser, Mell, Schweinburg, Olscher, für den Antrag Wilhelm, Horazel, Ropetzki. Der Antrag Bavrrouffel wird mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen.

Genosse Pauls bespricht zum Schluß die Situation in den Ortsgruppen und in Wien und weist darauf hin, wie viel noch gearbeitet werden müsse, um die traurigen Verhältnisse allorts menschenwürdiger zu machen; wenn von den Provinzgenossen über Vöhen von 8 fl. berichtet wird, so braucht man in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nur auf die Kaisertratte zum Höchner zu gehen, da kann man noch billiger verhungern. Er fordert die Delegierten auf, im Sinne der heutigen Beschlässe und Anregungen zu handeln und vertagt die Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr Vormittags.

Zweiter Verhandlungstag. Beginn 1/2 10 Uhr.

Otmann Pauls eröffnet die Verhandlungen, indem er die noch zu erledigenden Punkte bekannt giebt. Als 5. Punkt der Tagesordnung: Die Fachpresse. 6. Punkt: Anträge und Anfragen. Wilhelm verliest ein offizielles Schreiben der Prager Ortsgruppe, in welchem dieselbe auf die Kosten der beiden Fachblätter: Sattler- und Tapezierer-Zeitung und Rocoedelnik hinweist und daß dieselben in keinem Verhältnis stehen mit dem Werthe der Blätter für sie. In Prag ist der größte Theil der Mitglieder der deutschen Sprache nicht mächtig, ihnen die deutsche Zeitung daher nutzlos. Der Rocoedelnik bringt nicht einmal die notwendigsten Notizen der Ortsgruppe. Die Prager Mitglieder hoffen, daß in Oesterreich ein eigenes Fachblatt gegründet wird, welches deutsch und tschechisch geschrieben ist.

Ropetzki-Prag, erklärt, die Prager hoffen, daß die Delegierten-Versammlung in Erkenntniß der Bedeutung der Presse für die Agitation Beschlässe laßt, die dem vor Jahren ausgesprochenen Wunsche, daß dieses Agitationsmittel, wie wir es in Oesterreich brauchen, geschaffen wird, Rechnung trägt. Der Rocoedelnik kostet der Prager Ortsgruppe vierteljährlich über 50 fl. und hat dazu nicht einmal für kurze Notizen Raum.

G. Horazel-Prag, spricht im demselben Sinne. Er tritt für die Gründung eines zweisprachigen Fachblattes ein, was jetzt, wo die Prager Ortsgruppe im Emporblühen ist, von unschätzbarem Werthe

fei. Neß bespricht das Verhältnis der deutschen und österreichischen Organisation zu einander, zu dem bestimmt das gemeinsame Fachblatt beigetragen. Er erinnert an die Unterstützung beim diesjährigen Lächnerfest in Wien von Seiten Deutschlands. Die Beschwerden sind berechtigt, aber vielleicht findet die Zentralkleitung einen anderen Ausweg als die Gründung eines eigenen Fachblattes um die deutsche Fachzeitung nicht aufgeben zu müssen. Wilhelm findet die Beschwerden der Genossen allerorts für berechtigt und erklärt, um die Debatte abzukürzen, folgenden Antrag zu stellen: „Die Zentralkleitung wird beauftragt, mit dem Vorstande des Verbandes der Sattler, Tapezierer und verwandten Berufsgruppen in Deutschland über Nachfolgendes in Verhandlung zu treten.“

Dem Kopfe der deutschen Sattler- und Tapezierer-Zeitung soll in kleinen Lettern angehängt werden „und Korrespondenzblatt der Sattler, Lächner und Riemer Oesterreichs.“ Das Blatt soll verstärkt werden und sollen 3 Seiten für die österreichischen Artikel bestimmt sein. Von diesen 3 Seiten werden 2 für die deutsche und 1 für die tschechische Sprache bestimmt.

G. Kopecki-Prag, gibt die Erklärung ab, daß die in der Sattlerzeitung in tschechischer Sprache gedruckten Artikel so viel Druckfehler enthielten, daß sie beinahe unleserlich waren. Neß und Wilhelm hoffen, daß sich dies mit dem Drucker regeln lassen wird. G. Horacek-Prag zweifelt, daß ein deutscher Seyer tschechisch fehlerlos setzen kann und tritt für ein eigenes Fachblatt ein. Nur, wenn die bestimmte Versicherung gegeben wird, daß keine Fehler vorkämen, werden die Prager Delegierten für den Antrag Wilhelm stimmen. G. Bielek findet den Hinweis auf die Unterstützung der deutschen Kollegen nicht am Platze. Diese Unterstützung haben sie uns als Parteigenossen gegeben, aber nicht weil sie mit uns Geschäfte machen wollen, wenn die Zeitung als ein solches gelten soll. G. Babroussel stellt folgenden Antrag: „Die Zentralkleitung wird beauftragt, vom 1. Juli 1900 ein eigenes Fachblatt für Oesterreich zu gründen, von welchem zwei Drittel deutsch und ein Drittel tschechisch geschrieben ist. Die Genossen Schweinburg, Bielek, Moser, Disher treten für den letztern Antrag ein.“

G. Moraf-Brünn, beantwortet den Antrag Babroussel. Er erklärt, er war der Meinung, daß der Zentralausschuß schon längst über diese Frage einig ist, daß ein eigenes Fachblatt bei den sprachlichen Verhältnissen in Oesterreich notwendig ist.

Es vertreten die Antragsteller noch einmal ihre Anträge, und wird sodann zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Wilhelm gelangt zuerst zur Abstimmung, und wird derselbe mit 10 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Babroussel mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen.

Zum letzten Punkt: Anträge und Anfragen, werden die Agenden der Zentralkleitung besprochen. G. Bielek weist auf die Arbeiten hin, die der Obmann und Schriftführer der Zentralkleitung zu erledigen haben werden. Ihre Anwesenheit wird in allen Versammlungen und Besprechungen notwendig sein, was mit Selbstaufgaben verbunden ist. Er ersucht die Delegiertenversammlung, eine Remuneration für die Funktionen zu bestimmen. Nach längerer Debatte werden für die Funktionen des Obmannes 24 Kronen vierteljährlich und für die Funktionen des Schriftführers 20 Kronen vierteljährlich beschlossen!

Die Einschreibgebühr wird mit 60 Heller festgesetzt.

Weiter wird auf Antrag Wilhelm beschlossen: Zur Generalversammlung des Verbandes in Deutschland einen Delegierten zu entsenden.

Nachdem die Tagesordnung erledigt, bespricht Obmann Pauls die bedeutende Entwicklung der Arbeiterorganisationen in Oesterreich, an die vor 10 Jahren wohl Niemand glauben wollte. Er bespricht die Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse in unseren Branchen. Was durch Einigkeit zu erreichen, zeigt der 9 Stundentag beim Wiener Lächnergewerbe. Für die Riemer ist jetzt das wichtigste Moment, durch eine tüchtige Organisation den Schaden, der durch den Automobilwagen dem Gewerbe verursacht wird, gutzumachen. Weiter kritisierte er die Interessenlosigkeit der Sattler für ihre Zukunft. Kommen dieselben nicht bald zur Einsicht, sind die verrotteten Zustände in diesem Gewerbe überhaupt nicht mehr verbesserungsfähig.

Aus den Verhandlungen der zwei Tage werden wir Alle Nutzen ziehen und jene politischen Gaultler, die vom korruptionellen und nationalen Schwindel leben, können ihr Geschäft bald verlernen sehen, wenn an dem Versprechen, das sich an den zwei Tagen Deutsche und Tschechen gegeben, festgehalten wird.

G. Pauls ersucht die Delegierten von Prag und Brünn, den Mitgliedern die besten Grüße der Wiener zu überbringen. Hierauf dankt er den Anwesenden und erklärt die erste Delegiertenversammlung für geschlossen.

Nach Schluß der Versammlung fand eine Besprechung über die freie Organisation statt und sind die Berichte aus allen Ortsgruppen günstiger als in den Vorjahren.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Sassenbach, Berlin, Invalidenstr. 118.

Druck: Maurer & Dinnick, Berlin S., Poststr. 11.

Anzeigen.

Neu! Zaubertisch!

Patentiert in allen Staaten!
Auf mechanisch-magnetischem Wege bewegen sich abwechselnd 26 verschiedene Figuren und Gegenstände (Tänzerpaar, Ballettänzerin, Schusterjunge z.) in tierisch sowie urkomisch wunderbarer Weise. Festes Nickelgehäuse, woraus sich Alles bewegt. Keine Reparaturen! Stundenlange interessante Unterhaltung für Kinder und Erwachsene. Preis mit allem Zubehör und Verpackung nur Mk. 8,75 gegen Nachnahme oder Einsendung.

G. Neumann,

Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 34.

Neu! Trompeten- und Harmonika.

(Großartige Erfindung.) Durch das so hinreichend konstruierte angebrachte Trompetenschallrohr ist der Ton überaus laut und effektiv! Hellschallant! Jeder Harmonikspieler ist thätig! Jeder von dieser Neuen hochentwickelt. Doppeltönig extra ff. Stimmen. Die größte Erregungsfähigkeit wird besonders durch die neue Schule geboten, womit Jedermann wirklich dieses herrliche Instrument sofort spielen kann (schönste Lieber, Länge z.) Preis mit Schule nur Mk. 8,75 per Nachnahme oder Marken.

G. Neumann,

Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 34.

Gelegenheitskauf.

Statt 25 Mark nur 8 Mark!

Neue Entwürfe für Tapezierer und Dekorateur

gezeichnet von Heinrich Försting. — Zu beziehen durch die Expedition dieser Zeitung.

Neu! Schottischer Dudelsack.

„Deutscher Musikschatz“
Jeder kann sofort auf diesem originalen Musik-Instrument in einer Stunde ohne Vorkenntnisse die schönsten Lieder, Marsche z. spielen. Elegant und dauerhaft. Höchst original für jede Gesellschaft z. Wunderbare Musik! Preis mit Anleitung und Verpackung nur Mk. 8,75 per Nachnahme oder vorherige Einsendung.

G. Neumann,

Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 34.

Neu! Photographischer Apparat

für nur 8 Mark!

mit allem Zubehör als: Platten, Copirpapier, Chemikalien z. nebst genauer Anleitung und Probebild. Jeder kann ohne Vorkenntnisse sofort viele wirklich gute Bilder damit herstellen. Für Brauchbarkeit garantiert! Praktisches Geschenk für Jung und Alt! Preis also komplett mit allem Zubehör und Verpackung Mk. 8,— per Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages, auch Marken.

G. Neumann,

Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 34.

Weiß- und Bährisch-Bier-Total

Herr Jägerberg, Adalbertstr. 62
ist bei den Berliner Kollegen bestens empfohlen.
Zweckmäßigkeit der Flaschen.
Frühstück-, Mittag- und Abendbrot.

Verband der Sattler — Filialen Berlin.

Sonnabend, den 24. Februar 1900:

Großer Wiener Masken-Ball

in den Gesammträumen der
Berliner Bourse, Kommandantenstr. 57.
Um 1 Uhr: Kaffeepause.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.

In einem industriereichen, 15.000 Einwohner zählenden Orte der Gegend ist ein gangbares Geschäft, bestehend aus Sattlerei, Polsteri und Möbelhandlung, verbunden mit großem Lagerlokal, diverser Lagerräumen und Werkstätte vom 1. April 1900 ab zu vermieten. In demselben sind die oben genannten Gewerbetriebe mit nachweislich bestem Erfolge 26 Jahre lang ununterbrochen betrieben worden.

Gest. Reflektanten wollen ihre Offerten am 2. H. 40 an die Expedition dieser Blattes einbringen.

Gehtende alte Sattlerei

in Großstadt Sachsen wegen Zurücksetzung unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Off. unter E. 8. 542 an den „Saxonalienband“, Annab.-Gyrd. Leipzig.

Sattlerei.

Meine hochgehende über 40 Jahre bestehende Sattlerei mit bester Detail- und Engros-Schulung bin ich genehmigt mit allen Maschinen z. andere Unternehmungen halber sofort über 1. Februar zu verkaufen oder zu verpachten. Zur Übernahme sind mindestens 2000 Mark erforderlich.
Offerten bitte ich unter D. 100 in der Expedition dieser Zeitung niederzulegen.

Haus-Verkauf,

in welchem seit sieben Jahren das Sattler- und Tapezier-Geschäft flott betrieben wird, großen Boden, Hofraum mit Wintergärde und großer heller Werkstatt, in guter Geschäftslage ist umstände halber sofort zu verkaufen.

Gustav Ritter, Plauen i. V.

Königsstr. 88, I.